

Ein Flügel wird in eine Windkraftanlage vor der deutschen Küste eingebaut. BILD: ROLF OTZIPKA/ENBW

Stadt Norden prüft Klage gegen das Land

WIRTSCHAFT Kommune bereitet im Streit um Offshore-Gewerbesteuern mit Wilhelmshaven rechtliche Schritte vor

VON MARC WENZEL

NORDEN/WILHELMSHAVEN – Der Streit um die Gewerbesteuereinnahmen aus den Offshore-Windparks spitzt sich zu. Zwischen der Stadt Norden und dem Land Niedersachsen zeichnet sich inzwischen ein juristischer Konflikt ab, nachdem politische Gespräche über eine andere Lösung bislang nicht zum gewünschten Ergebnis geführt haben. Im Mittelpunkt steht eine neue Regelung des Landes, nach der ein erheblicher Teil der Gewerbesteuereinnahmen aus den Windparks künftig der Stadt Wilhelmshaven zugerechnet werden soll.

Normenkontrollverfahren wahrscheinlich

Für Norden geht es dabei um weit mehr als eine rechtliche Detailfrage. Die Stadt hat in der Vergangenheit von den Steuereinnahmen aus den Offshore-Windparks erheblich profitiert – allein im vergangenen Jahr wurden rund 90 Millionen Euro an die Küstenkommune zurückgezahlt. Durch die neue Verteilung drohen nun deutliche Einnahmeverluste. Gleichzeitig verweist das Land darauf, dass die Neuregelung nicht allein Norden betrifft, sondern die Gewerbesteuereinnahmen innerhalb Niedersachsens anders verteilt und damit auch anderen Kommunen zugutekommen soll. Nordens Bürgermeister Florian Eiben hatte zunächst versucht, den Konflikt auf politischem Weg lösen zu wollen. Nun bereitet die Stadt jedoch konkrete rechtliche Schritte vor. Gegen die entsprechenden Gewerbesteuerbescheide soll Einspruch eingelegt werden. Darüber hinaus wird ein gerichtliches Vorgehen gegen die zugrundeliegende Verordnung – ein sogenanntes Normenkontrollverfahren – geprüft. „Wir gehen davon aus, dass unsere Einsprüche abgelehnt werden. Sollte das dann wirklich so kommen, gehen wir den Weg des Normenkontrollverfahrens“, so Bürgermeister Florian Eiben.

Schwer zu beziffern

Er habe zwar immer betont, dass ihm eine politische Lösung die liebste sei, doch auch in der Vergangenheit schon unterstrichen, dass er bereit sei gegen das Land zu klagen. „Der Erste Stadtrat Markus Aukskel hat es zuletzt ja erneut öffentlich gesagt und ich möchte es auch tun: Wir sind in erster Linie der Stadt Norden verpflichtet“, bekräftigt Eiben. Eigentlich könne jedoch keine Seite ein langwieriges Gerichtsverfahren wollen. „So ein Verfahren zieht sich auch gern mal mehrere Jahre hin. Keine Kommune könnte in der Zwischenzeit mit dem Geld wirklich rechnen“, so der Bürgermeister.

Schwer sei jedoch zu beziffern, wie viel Geld genau nicht nach Norden fließen würde, falls an der aktuellen Regelung festgehalten würde. „90 Prozent der Steuer soll ja nach Wilhelmshaven fließen, für uns blieben dann nur zehn Prozent. Wobei man sagen muss, dass nicht alle Offshore-Firmen das Geld nach Wilhelmshaven abführen müssten“, so Eiben. Er ergänzt: „Mit einigen Unternehmen haben wir Regelungen getroffen, sodass das Steuergeld in Norden bleiben kann.“ Eines ist für den Norder Verwaltungschef jedenfalls klar: „Mit Windenergie hat Wilhelmshaven nicht wirklich etwas zu tun.“ Das Geld gehöre dahin, wo die Kabel für die Windanlagen liegen, wo der Hafen für die Verbringung der Arbeiter auf die Offshore-Anlagen genutzt wird – nach Norden.

Aufnahmestopp und Praxenschließungen

SOZIALES Sorge um frauenärztliche Versorgung – Übergabe der Erntekrone für Austausch mit Landrat genutzt

VON DIETMAR RECK

JEVER/FRIESLAND – Die Übergabe der Erntekrone im Kreisamt vor wenigen Tagen war nicht nur Anlass für einen traditionellen Termin, sondern bot auch Gelegenheit, aktuelle Themen aus dem ländlichen Raum anzusprechen. Kreislandvolkvorsitzender Lars Kaper würdigte dabei die Arbeit des Kreislandfrauenverbands Friesland-Wilhelmshaven mit seinen rund 1000 Mitgliedern. Die Landfrauen seien eine „bunte, engagierte und regionale Interessenvertretung für Frauen im ländlichen Raum“ und eine wichtige gesellschaftliche Klammer.

Erheblicher Einschnitt

Als Sprecherin des Teamvorstands des Kreislandfrauenverbands sprach Deyke Ortgies insbesondere die medizinische Versorgung im Kreisgebiet an. Sorgen bereite vor allem die Entwicklung bei der frauenärztlichen Versorgung. Langjährige Praxen nähmen teilweise keine gesetzlich versicherten Patientinnen mehr auf, weitere Praxen würden schließen. Für die ländlich geprägte Region sei dies ein erheblicher Einschnitt.

Als Erfolg bezeichnete Ortgies die Herabsetzung der Altersgrenze für Mammographie-Untersuchungen auf 45 Jahre. Gleichzeitig fehlten aus ihrer Sicht finanzielle Mittel für die Umsetzung der entsprechenden Untersuchungen. Trotz des hohen Drucks auf das Gesundheitssystem müsse eine flächendeckende medizinische Versorgung für alle Altersgruppen gewährleistet bleiben. Dazu gehöre auch der Erhalt der Gynäkologie und Geburtshilfe am St.-Johannes-Hospital in Varel.



Deyke Ortgies ist Sprecherin des Teamvorstands des Kreislandfrauenverbands. BILD: LANDFRAUENVEREIN/ DIETMAR RECK

Mit Blick auf die geplante Zentralklinik äußerte Ortgies die Hoffnung, dass diese für die Region einen Mehrwert bringe. Gleichzeitig müsse der Standort Varel zumindest bis zur Fertigstellung, aber auch darüber hinaus, ein wichtiger Versorgungspunkt bleiben.

Neue Wohnformen gefragt

Thematisiert wurde die Vorbereitung auf mögliche Krisenlagen. Bei einem Runden Tisch unter dem Titel „Dem Blackout trotzen – Resilienzräume verstetigen“ hatten sich die Landfrauen mit Vertretern aus Verwaltung, Politik, Pflege und Vereinen über mögliche Folgen und Maßnahmen ausgetauscht. Im Katastrophenfall müssten alle Beteiligten eng zusammenarbeiten und die Kommunikation funktionieren.

Die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung würden sich verändern, sagte Landrat Sven Ambrosy. Zugleich sei jeder Einzelne gefragt, auf seine Mitmenschen zu achten und beispielsweise weniger mobilen Menschen beim Einkauf oder bei anderen alltäglichen Aufgaben zu helfen. Neue Wohnformen gewinnen nach Einschätzung der Landfrauen an Bedeutung. Generationenübergreifendes Wohnen und sogenannte Alten-Wohngemeinschaften könnten künftig gerade im ländlichen Raum eine größere Rolle spielen.